
Willy Brandts Kniefall und der Warschauer Vertrag 1970

Kurzbeschreibung des Moduls

Nach Kriegsende 1945 war das Verhältnis zwischen Westdeutschland und Polen von der ideologischen, militärischen und wirtschaftlichen Zugehörigkeit zum jeweiligen Bündnispartner USA (NATO) und Sowjetunion (Warschauer Pakt) geprägt. Zu letzterem gehörte auch die seit 1949 bestehende DDR, der zwar politisch ein freundschaftliches Verhältnis zu Polen verordnet wurde, das sich aber auf gesellschaftlicher Ebene nur bedingt widerspiegelte.

Erst Anfang der 1960er Jahre konnten zunächst auf kirchlicher, etwas später auch auf politischer Ebene erste Signale eines Dialogs zwischen Westdeutschland und Polen gesendet werden (z. B. der Briefwechsel zwischen den katholischen Bischöfen Polens und Deutschlands 1965, s. Arbeitsblatt 1). Ein entscheidender Durchbruch gelang dann der 1969 neu entstandenen Koalition aus SPD und FDP mit Bundeskanzler Willy Brandt an der Spitze der Regierung, die die Oder-Neiße-Grenze als unverletzliche Westgrenze Polens sowie die DDR als Staat anerkannte und durch den Warschauer Vertrag 1970 das Verhältnis zwischen beiden Ländern auf ein neues Fundament stellte. Willy Brandts Kniefall vor dem Denkmal für die Kämpfer des Ghettoaufstands von 1943 in Warschau gilt bis heute als ein Meilenstein für den Aussöhnungsprozess beider Länder, auch wenn die Geste damals nicht unumstritten war. Gleiches gilt für die Vereinbarungen des Warschauer Vertrags, die in der deutschen Politik und Gesellschaft ebenfalls auf Widerstand stießen.

Das Modul stellt den Kniefall von Willy Brandt in den historischen Zusammenhang. Er wird den SchülerInnen sowohl über die eigenen Erinnerungen Brandts (Arbeitsblatt 2), als auch im weiteren Kontext des Warschauer Vertrags nähergebracht. Die gesellschaftliche und politische Diskussion über letzteren vermittelt Arbeitsblatt 3.

Das Modul enthält

- eine **didaktische Einführung** zum Thema
- Hinweise zu **Referatsthemen, weiterführender Literatur** sowie **Links**
- einen **Einführungstext**
- **Arbeitsblatt 1:** „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ – Der Brief der polnischen Bischöfe von 1965 als erster Schritt zur Versöhnung
- **Arbeitsblatt 2:** „Durfte Brandt knien?“ (Titelstory „Der Spiegel“, Dezember 1970)
- **Arbeitsblatt 3:** Der Warschauer Vertrag in der politischen Diskussion

Didaktische Einführung zum Thema

Willy Brandts Kniefall und der Warschauer Vertrag 1970

Hinweise zum Einsatz im Unterricht

Das Thema „Willy Brandts Kniefall und der Warschauer Vertrag 1970“ kann im Unterricht behandelt werden

- im Kontext der Unterrichtseinheit „Deutschland und Europa nach 1945“
- im Kontext der Unterrichtseinheit „Wandel durch Annäherung – die Außenpolitik Willy Brandts“
- im Kontext der Vorbereitung von Schüleraustauschprogrammen und Klassenfahrten nach Polen, insbesondere nach Warschau (Ghetto-Denkmal)

Film

100 – Jahre – Der Countdown. 1970: Der Kniefall von Warschau (9.13 Min.)

<http://www.youtube.com/watch?v=0jxrWqmHWBw>

Eine kompakte und für Schüler gut verständliche Einordnung des Kniefalls von Willy Brandt 1970 in die Nachkriegsverhältnisse zwischen Deutschland und Polen. Dabei wird (allerdings teils mit schockierenden Aufnahmen) auch auf den Warschauer Ghettoaufstand 1943 zurückgeblendet und somit der historische Hintergrund für den Kniefall vor dem Ghetto-Denkmal thematisiert. Der Film enthält zahlreiche Interviews und Originalaufnahmen.

Interview mit Egon Bahr (3.55 Min.)

http://www.youtube.com/watch?v=Tlt7a_wuqVw

Interview mit Egon Bahr (damals Staatssekretär im Bundeskanzleramt) über die Bedeutung des Warschauer Vertrags, den Kniefall von Willy Brandt und die neue Ostpolitik.

Einführungstext:

Ausgehend von der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Europa nach 1945 vermittelt der Einleitungstext einen groben Überblick über die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses von 1945 bis 1990. Der Schwerpunkt liegt auf der Rolle Willy Brandts für den Annäherungsprozess beider Länder durch die Politik des „Wandels durch Annäherung“, die Bedeutung des Kniefalls in Warschau 1970 für den Aussöhnungsprozess sowie die unterschiedliche Wahrnehmung in beiden Ländern.

Themen der Arbeitsblätter

Arbeitsblatt 1: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ – Der Brief der polnischen Bischöfe 1965 als erster Schritt zur Versöhnung

Arbeitsblatt 2: „Durfte Brandt knien?“ (Titelstory „Der Spiegel“, Dezember 1970)

Arbeitsblatt 3: Der Warschauer Vertrag in der politischen Diskussion

Themen, Links und Literatur

Die Themenvorschläge für Referate oder Hausarbeiten sollen LehrerInnen Möglichkeiten aufzeigen, das Thema mit den SchülerInnen zu bearbeiten. Entsprechende Hinweise zur Sekundärliteratur erleichtern die Recherche und geben erste Anhaltspunkte für den Arbeitseinstieg.

Themen für Referate und Hausarbeiten

Die Bedeutung des Kniefalls von Willy Brandt für den Aussöhnungsprozess zwischen Deutschen und Polen.

Der Warschauer Vertrag von 1970 und seine Bedeutung für die spätere Lösung der Grenzfrage zwischen Deutschland und Polen.

Das Thema im Internet

Kostenpflichtige Arbeitsblätter zum Thema

<http://www.cornelsen.de/home/katalog/akd/1.c.1924536.de>

Arbeitsblatt des Cornelsen-Verlags im Rahmen des Aktualitätendienstes

<http://www.verlag20.de/unterrichtsmaterial/1402>

Einführungstext zu 40 Jahren Warschauer Vertrag (Bundeszentrale für politische Bildung)

<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68933/40-jahre-warschauer-vertrag-06-12-2010>

Hintergrundinformationen zum Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965

http://www.deutsche-und-polen.de/ereignisse/ereignis.jsp?key=ein_versehnungszeichen_1965.html

Weiterführende Literatur

Bender, Peter: Polen und Deutsche – Eine historische Bilanz. In: Albrecht Riechers, Christian Schröter, Basil Kerski (Hrsg.): Dialog der Bürger. Die gesellschaftliche Ebene der deutsch-polnischen Nachbarschaft. Osnabrück: fibre 2005, S. 39–50.

Behrens, Alexander (Hrsg.): „Durfte Brandt knien?“. Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinungen. Bonn: Dietz 2010.

Bingen, Dieter: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991 (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Bd. 33). Baden-Baden: Nomos 1998.

Im Schlusskapitel (S. 307-322) präzise Zusammenfassung der Grundprobleme der deutsch-polnischen Beziehungen.

Kneip, Matthias; Manfred Mack: Annäherung durch Anerkennung. Deutschland und Polen nach 1945. In: Dies.: Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen. Berlin: Cornelsen 2007, S. 110-119.

Jacobsen, Hans-Adolf; Tomala, Mieczysław (Hrsg.): Bonn – Warschau 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation. Köln: Wissenschaft und Politik 1992.

Kerski, Basil: Die Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990. In: Albrecht Riechers, Christian Schröter, Basil Kerski (Hrsg.): Dialog der Bürger. Die gesellschaftliche Ebene der deutsch-polnischen Nachbarschaft. Osnabrück: fibre 2005, S. 59–98.

Ruchniewicz, Krzysztof: Geste mit politischer Langzeitwirkung. Willy Brandts Kniefall vor dem Ghetto-Denkmal in Warschau. In: Geschichte lernen. Heft 102/2004, S. 63–66.
Didaktisch aufbereitete Darstellung mit zahlreichen Arbeitsmaterialien.

Einführung

Die Nachkriegsordnung in Europa war vom Konflikt zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion und der damit verbundenen Teilung des Kontinents bestimmt. Ideologisch, militärisch und wirtschaftlich verlief nach 1945 eine Grenze durch Europa, die in der 1961 gebauten Berliner Mauer ein sichtbares Symbol fand.

Nach dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO 1955 wurde im selben Jahr als Reaktion der Warschauer Pakt gegründet, dem auch Polen angehörte. Die Beziehungen zwischen Westdeutschland und Polen bzw. der DDR und Polen waren von der Abhängigkeit zur jeweiligen Großmacht geprägt. Die Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR 1953 und der Aufstände in Polen und Ungarn 1956 wurden im Westen zwar moralisch und politisch verurteilt, aber man enthielt sich gemäß den Spielregeln des Kalten Kriegs jeder Gegenmaßnahme und Einmischung. Die Respektierung des Status quo wurde zum Garanten des Friedens zwischen den Supermächten.

Die Beziehungen zwischen Bonn und Warschau waren während des Kalten Kriegs vor allem von der Nichtanerkennung der polnischen Westgrenze durch die Bonner Regierung einerseits sowie von der Mobilisierung der polnischen Bevölkerung durch die politische Führung gegen eine angebliche revisionistische Bedrohung aus Westdeutschland andererseits dominiert. Daran konnte auch die offizielle Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze durch die DDR nichts ändern, die bereits 1950 auf Bestreben der Sowjetunion im so genannten „Görlitzer Vertrag“ erfolgt war.

Wegen fehlender offizieller Beziehungen wurden die Kontakte zwischen der Bundesrepublik und Polen seit Mitte der 1960er Jahre vor allem von gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden getragen. Den Anfang bildeten die Versöhnungsinitiativen der Kirchen: die 1965 publizierte Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland über „die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ und der im gleichen Jahr geführte Briefwechsel zwischen den katholischen Bischöfen Polens und Deutschlands. Auch Laieninitiativen wie der *Bensberger Kreis* und die *Aktion Sühnezeichen* (Ost und West) gaben wichtige Impulse für eine Änderung des Verhältnisses zu Polen. Sie stellten überlieferte Feindbilder infrage, entwickelten neue Perspektiven auf die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte und legten das Fundament für einen offenen deutsch-polnischen Dialog.

Die zunehmende Entspannung zwischen den USA und der UdSSR veranlasste auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre, ihr Verhältnis zu den kommunistisch regierten Ländern neu zu gestalten. Bereits als Außenminister der Großen Koalition hatte Willy Brandt versucht, neue Wege in der Deutschland- und Ostpolitik zu gehen. Ein entscheidender Durchbruch gelang aber erst, als seine 1969 gebildete sozialliberale Regierung bereit war, die Oder-Neiße-Linie als unverletzliche Westgrenze Polens sowie die DDR als Staat anzuerkennen. Die Regierung versuchte nun, neue Rahmenbedingungen zu schaffen, die das schwierige Verhältnis zur DDR erleichtern sowie eine Verständigungspolitik mit der Sowjetunion ermöglichen sollten. Den sog. „Ostverträgen“ kam dabei eine besondere Bedeutung zu. In den Verträgen von Moskau und Warschau, im Berlinabkommen, im Grundlagenvertrag mit der DDR und im Prager Vertrag wurden zwischen 1970 und 1973 die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den osteuropäischen Nachbarn und zur DDR auf eine neue Grundlage gestellt. Inhalte waren unter anderem der Verzicht auf Gewalt oder Gewaltandrohung, die Förderung von Sicherheit und Entspannung, Anerkennung der Grenzen in Europa, aber auch die Offenhaltung der deutschen Frage, die Wahrung der Einheit der Nation, eine Klarstellung der Verantwortlichkeit der Vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs für Deutschland als Ganzes und für Berlin sowie zwischenstaatliche Vereinbarungen im Interesse der Menschen in Deutschland. Außerdem sollten die osteuropäischen Staaten nicht mehr auf einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und der Festschreibung eines Sonderstatus für Berlin-West bestehen.

Dem Besuch von Willy Brandt in Warschau am 7. Dezember 1970 kam aufgrund der historischen Belastung des deutsch-polnischen Verhältnisses eine besondere Bedeutung zu. Die Anerkennung der Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze bildete von deutscher Seite das wichtigste Zugeständnis sowie eine entscheidende Neuerung im deutsch-

polnischen Verhältnis, zumal von polnischer Seite die bislang herrschende Unsicherheit in der Grenzfrage häufig Anlass für antideutsche Propaganda gewesen war. In einer Fernsehansprache zum Warschauer Vertrag bezeichnete Willy Brandt diesen Schritt als eine „Politik der Vernunft“, die er nicht gleichgesetzt wissen wollte mit einer Politik des Verzichts.

Dennoch führten seine Deutschland- und Ostpolitik, insbesondere auch die Festlegungen des Warschauer Vertrags, zu erbitterten politischen Auseinandersetzungen. Neben der parlamentarischen Opposition aus CDU/CSU protestierten vor allem die Vertreter der Vertriebenenverbände, die mit der Grenzankennung zugleich den endgültigen Verlust ihrer Heimat beklagten. Das Bundesverfassungsgericht erklärte den Warschauer Vertrag 1975 zwar für verfassungsgemäß, stellte aber auch fest, dass die Gebiete östlich von Oder und Neiße nicht „aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen“ worden seien („Friedensvertragsvorbehalt“).

Auch Willy Brandts berühmter Kniefall vor dem Warschauer Ghettondenkmal stieß in Deutschland auf ein geteiltes Echo. Während das Bild dieser Geste wie ein Lauffeuer um die Welt ging, wurde es in Polen am Tag danach nur in einer einzigen Zeitschrift, der jüdischen *Folkssztyyme*, veröffentlicht. Bis 1989 verhinderte die Zensur alle weiteren Veröffentlichungen. Zum einen passte diese Demutsgeste eines deutschen Bundeskanzlers nicht in das von der kommunistischen Regierung propagierte Deutschlandbild, zum anderen missfiel der polnischen Regierung, dass Willy Brandt am Mahnmahl des jüdischen Ghettoaufstandes niederkniete und nicht am Grabmal des unbekanntes Soldaten. Der „Kniefall“ ist längst zum Symbol der Brandt'schen Ostpolitik überhaupt geworden.

Seit der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen (1972) begann sich das deutsch-polnische Verhältnis zu entspannen. Dazu trugen beachtliche wirtschaftliche und finanzielle Hilfen der nachfolgenden Bundesregierungen unter Helmut Schmidt und Helmut Kohl ebenso bei wie das fortgesetzte Bemühen der Kirchen beider Länder um Versöhnung.

Doch erst die Gründung der polnischen Gewerkschaft *Solidarność* {*solidarnoschtsch*} und die „Polenhilfe“ der deutschen Bevölkerung in den Jahren nach der Ausrufung des Kriegsrechts schufen die Voraussetzungen dafür, dass sich mit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 sich auch die deutsch-polnischen Beziehungen grundlegend veränderten. Die endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze im Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990 bildete zugleich die Voraussetzung für die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags am 17.6.1991. Das neue Verhältnis der beiden Supermächte USA und Sowjetunion hatte mit der deutschen Einheit auch die Möglichkeit geschaffen, die deutsch-polnischen Beziehungen weit über die Klärung politischer Streitfragen hinaus auf eine neue, zukunftsweisende Grundlage zu stellen.

Aus: *Kneip, Matthias; Mack Manfred: Polnische Geschichte und deutsch-polnische Beziehungen. Berlin: Cornelsen 2007, S.21f.,bearbeitet.*

Arbeitsblatt 1: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ – Der Brief der polnischen Bischöfe 1965 als erster Schritt zur Versöhnung

Folgenden Hirtenbrief richteten die polnischen Bischöfe am 18. November 1965, also mitten im Kalten Krieg und im Vorfeld der 1000-Jahrfeier Polens 1966 (aufgrund des christlichen Hintergrundes der Taufe von Mieszko I. 966 für die kommunistischen Machthaber ein höchst problematisches Jubiläum), „an ihre deutschen Brüder in Christi Hirtenamt“. Der Brief ist im Original auf Deutsch verfasst.

Nach alledem, was in der Vergangenheit geschehen ist – leider erst in der allerneuesten Vergangenheit –, ist es nicht zu verwundern, dass das ganze polnische Volk unter dem schweren Druck eines elementaren Sicherheitsbedürfnisses steht und seinen nächsten Nachbarn im Westen immer noch mit Misstrauen betrachtet.

Diese geistige Haltung ist sozusagen unser Generationsproblem, das, Gott gebe es, bei gutem Willen schwinden wird und schwinden muss. [...] Die Belastung der beiderseitigen Verhältnisse ist immer noch groß und wird vermehrt durch das so genannte „heiße Eisen“ dieser Nachbarschaft; die polnische Westgrenze an Oder und Neiße ist, wie wir wohl verstehen, für Deutschland eine äußerst bittere Frucht des letzten Massenvernichtungskrieges – zusammen mit dem Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen (auf interalliierten Befehl der Siegermächte – Potsdam 1945! – geschehen).

Ein großer Teil der Bevölkerung hatte diese Gebiete aus Furcht vor der russischen Front verlassen und war nach dem Westen geflüchtet. Für unser Vaterland, das aus dem Massenmorden nicht als Siegerstaat, sondern bis zum Äußersten geschwächt hervorging, ist es eine Existenzfrage (keine Frage „größeren Lebensraumes“!); es sei denn, dass man ein über 30 Millionen-Volk in den engen Korridor eines „Generalgouvernements“ von 1939 bis 1945 hineinpressen wollte – ohne Westgebiete; aber auch ohne Ostgebiete, aus denen seit 1945 Millionen von polnischen Menschen in die „Potsdamer Westgebiete“ hinüberströmen mussten. [...]

Seid uns wegen dieser Aufzählung dessen, was [...] geschehen ist, liebe deutsche Brüder, nicht gram. Es soll weniger eine Anklage als vielmehr eine eigene Rechtfertigung sein! [...]

Und trotz alledem, trotz dieser fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Lage, gerade aus dieser Lage heraus, Hochwürdige Brüder, rufen wir Ihnen zu: versuchen wir zu vergessen! Keine Polemik, kein weiterer kalter Krieg, aber den Anfang eines Dialogs. [...] Wenn echter guter Wille beiderseits besteht – und das ist wohl nicht zu bezweifeln –, dann muss ja ein ernster Dialog gelingen und mit der Zeit gute Früchte bringen – trotz allem, trotz heißer Eisen. [...] In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter, unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art das Millennium feiern.

Aus: Bonn – Warschau. 1945–1991. Die deutsch-polnischen Beziehungen. Analyse und Dokumentation. Hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Mieczysław Tomala. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1992, S. 135–142.

1. „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ – erstellen Sie eine Liste von möglichen Geschehnissen des Zweiten Weltkriegs, für die aus polnischer Sicht „Vergabung gewährt“ und „Vergabung erbeten“ werden könnte.

2. Fassen Sie die Argumentation der polnischen Bischöfe in wenigen Worten zusammen. Diskutieren Sie den Brief in der Klasse. Wie kann man auf eine solche Bitte angemessen reagieren und welche politischen Folgen könnte die Antwort dann haben?

3. Schreiben Sie einen Antwortbrief und berücksichtigen Sie dabei auch die Interessen der deutschen Vertriebenen. Vergleichen Sie ihn anschließend mit dem historischen Antwortschreiben.

Zu finden unter: <http://enominepatris.com/deutschtum/geschichte/hirtenbrief.htm>

Arbeitsblatt 2: „Durfte Brandt knien?“ (Titelstory „Der Spiegel“, 1970)**Aus den Erinnerungen Willy Brandts**

Es war eine ungewöhnliche Last, die ich auf meinen Weg nach Warschau mitnahm. Nirgends hatte das Volk, hatten die Menschen so gelitten wie in Polen. Die maschinelle Vernichtung der polnischen Judenheit stellte eine Steigerung der Mordlust dar, die niemand für möglich gehalten hatte. Wer nennt die Juden, auch aus anderen Teilen Europas, die allein in Auschwitz vernichtet worden sind? Auf dem Weg nach Warschau lag die Erinnerung an sechs Millionen Todesopfer. Lag die Erinnerung an den Todeskampf des Warschauer Ghettos, den ich von meiner Stockholmer Warte verfolgt hatte und von dem die gegen Hitler kriegführenden Regierungen kaum mehr Notiz nahmen als vom heroischen Aufstand der polnischen Hauptstadt einige Monate danach.

Das Warschauer Programm sah am Morgen nach meiner Ankunft zwei Kranzniederlegungen vor, zunächst am Grabmal des unbekanntes Soldaten. Dort gedachte ich der Opfer von Gewalt und Verrat. Auf die Bildschirme und in die Zeitungen der Welt gelangte das Bild, das mich kniend zeigte – vor jenem Denkmal, das dem jüdischen Stadtteil und seinen Toten gewidmet ist. Immer wieder bin ich gefragt worden, was es mit dieser Geste auf sich gehabt habe. Ob sie etwa geplant gewesen sei? Nein, das war sie nicht. Meine engen Mitarbeiter waren nicht weniger überrascht als jene Reporter und Fotografen, die neben mir standen, und als jene, die der Szene ferngeblieben waren, weil sie „Neues“ nicht erwarteten.

Ich hatte nichts geplant, aber Schloss Wilanow, wo ich untergebracht war, in dem Gefühl verlassen, die Besonderheit des Gedenkens am Ghetto-Monument zum Ausdruck bringen zu müssen. Am Abgrund der deutschen Geschichte und unter der Last der Millionen Ermordeten tat ich, was Menschen tun, wenn die Sprache versagt. Ich weiß es auch nach zwanzig Jahren nicht besser als jener Berichterstatter, der festhielt: „Dann kniet er, der das nicht nötig hat, für alle, die es nötig haben, aber nicht knien – weil sie es nicht wagen oder nicht können oder nicht wagen können.“ Zu Hause in der Bundesrepublik fehlte es weder an hämischen noch an dümmlichen Fragen, ob die Geste nicht „überzogen“ gewesen sei. Auf polnischer Seite registrierte ich Befangenheit. Am Tage des Geschehens sprach mich keiner meiner Gastgeber hierauf an. Ich schloss daraus, dass auch andere diesen Teil der Geschichte noch nicht verarbeitet hatten.

Aus: Willy Brandt: *Erinnerungen*. Frankfurt am Main u. a.: Propyläen 1989, S. 213–215.



© Spiegel-Verlag Hamburg

1. Die Meinungen über den Kniefall von Willy Brandt am Mahnmal für die Kämpfer des Warschauer Ghettoaufstands waren geteilt. Der „Spiegel“ titelte damals: „Durfte Brandt knien?“

Führen Sie eine Podiumsdiskussion zur Problematik des Kniefalls durch: Erstellen Sie zunächst eine Liste mit Pro- und Contra-Argumenten. Berücksichtigen Sie dabei die Überlegungen von Willy Brandt aus seiner Biografie und den historischen Ort des Kniefalls.

2. In Polen wurde Kniefall zwar in den Abendnachrichten gezeigt, dann aber fast gänzlich in der Presse verschwiegen. Vielen Polen, die die Nachrichten nicht gesehen hatten, war das Bild bis 1990 unbekannt. Überlegen Sie, ausgehend vom Ort des Kniefalls und vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs, warum diese Geste der Demut eines westdeutschen Bundeskanzlers der kommunistischen Regierung in Polen möglicherweise nicht ins politische Konzept passte.

Arbeitsblatt 3: Der Warschauer Vertrag in der politischen Diskussion**Quelle 1: Aus der Fernsehansprache von Bundeskanzler Willy Brandt zum Warschauer Vertrag am 7. Dezember 1970**

Ich bin mir bewusst: Dies ist eine schwere Reise. Für eine friedliche Zukunft wird sie von Bedeutung sein. Der Vertrag von Warschau soll einen Schlussstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern. Er soll den Weg dafür öffnen, dass getrennte Familien wieder zusammenfinden können.

Und dass Grenzen weniger trennen als bisher. Und trotzdem: Dieser Vertrag konnte nur nach ernster Gewissensforschung unterschrieben werden. Wir haben uns nicht leichten Herzens hierzu entschieden. Zu sehr sind wir geprägt von Erinnerungen und gezeichnet von zerstörten Hoffnungen. Aber guten Gewissens, denn wir sind überzeugt, dass Spannungen abgebaut, Verträge über Gewaltverzicht befolgt, die Beziehungen verbessert und die geeigneten Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, um zu einer europäischen Friedensordnung zu gelangen. [...]

Was ich im August Ihnen aus Moskau gesagt habe, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gilt auch für den Vertrag mit Polen: Er gibt nichts preis, was nicht längst verspielt worden ist. Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik Deutschland politische Verantwortung tragen und getragen haben. Sondern verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus.

Wir dürfen nicht vergessen, dass dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben. Großes Leid traf auch unser Volk, vor allem unsere ostdeutschen Landsleute. Wir müssen gerecht sein: Das schwerste Opfer haben jene gebracht, deren Väter, Söhne oder Brüder ihr Leben verloren haben. Aber nach ihnen hat am bittersten für den Krieg bezahlt, wer seine Heimat verlassen musste. Ich lehne Legenden ab, deutsche wie polnische: Die Geschichte des deutschen Ostens lässt sich nicht willkürlich umschreiben.

Unsere polnischen Gesprächspartner wissen, was ich Ihnen zu Hause auch noch einmal in aller Klarheit sagen möchte: Dieser Vertrag bedeutet nicht, dass wir Unrecht anerkennen oder Gewalttaten rechtfertigen. Er bedeutet nicht, dass wir Vertreibungen nachträglich legitimieren.

Ressentiments verletzen den Respekt vor der Trauer um das Verlorene [...]. Niemand kann sich dieser Trauer entziehen, uns schmerzt das Verlorene. Und das leidgeprüfte Volk wird unseren Schmerz respektieren.

Namen wie Auschwitz werden beide Völker noch lange begleiten und uns daran erinnern, dass die Hölle auf Erden möglich ist; wir haben sie erlebt. Aber gerade diese Erfahrung zwingt uns, die Aufgaben der Zukunft entschlossen anzupacken. Die Flucht vor der Wirklichkeit schafft gefährliche Illusionen. Ich sage: Das Ja zu diesem Vertrag, zur Aussöhnung, zum Frieden, ist ein Bekenntnis zur deutschen Gesamtgeschichte. [...]

Wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten und die Moral als politische Kraft erkennen. Wir müssen die Kette des Unrechts durchbrechen. Indem wir dies tun, betreiben wir keine Politik des Verzichts, sondern eine Politik der Vernunft. Der Vertrag zwischen Polen und uns – ein Vertrag, wie er amtlich heißt, über die „Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen“ – ersetzt keinen formellen Friedensvertrag. Er berührt nicht die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes. Er setzt frühere vertragliche Verpflichtungen weder der einen noch der anderen Seite außer Kraft.

Aus: http://www.willy-brandt.de/fileadmin/brandt/Downloads/Fernsehansprache_Warschau_1970.pdf

Quelle 2: Stimmen aus Bundestagsreden der Opposition

a) Rede des CSU-Abgeordneten Karl Theodor von und zu Guttenberg am 27. Mai 1970 im Bundestag zur Ostpolitik von Willy Brandt

Ich will die Sache, die hier auf dem Spiele steht, um deretwillen wir schwerste, sage ich, Sorge haben, gleich bei ihrem Namen nennen. Diese Sache ist nicht mehr und nicht weniger als das Recht der Deutschen – aller Deutschen –, frei zu sein und selbst über sich zu bestimmen.

Meine Freunde und ich sind nicht willens, dieses unveräußerliche Freiheitsrecht zu einer – und diejenigen, die es angeht, mögen dies in ihren Ohren klingen lassen – salvatorischen Klausel, zu einer abstrakten Maxime werden zu lassen. Ich sage hier für meine Freunde und für mich mit allem Nachdruck, mit allem Ernst und leider auch mit der heute nötigen Sorge: Wir, die CDU/CSU, sind nicht bereit, sogenannte Realitäten zu achten, zu respektieren oder gar anzuerkennen, die den Namen „Unrecht“ tragen.

Hier zitiert nach: <http://www.zeit.de/1992/30/bonner-toene/seite-1>

b) Rainer Barzel (CDU) am 25. Februar 1972

Hält man nun unseren Vorstellungen und unseren Prinzipien das gegenüber, was hier in Vertragsform vorliegt, so ist unser Urteil wohl begründet. Das Vertragswerk gibt den Sowjetrussen, den Polen und der DDR das meiste oder beinahe fast alles von dem, was sie wollen. Es bringt den Europäern und den Deutschen keinen Fortschritt – falls man, wie wir es tun, Fortschritt als reale Verbesserung für die Menschen, für ihre Rechte und deren soziale Basis im Alltag betrachtet.

Aus: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Hrsg. von H. v. Siegler. Bonn: 1970, Bd. VII, S. 466.

c) Franz Josef Strauß (CSU) am 24. Januar 1973

Es ist auch unser ehrlicher Wunsch und unser ernstes Bestreben, Spannungen abzubauen und zu einem geregelten Nebeneinander zu kommen, aber wir können uns nichts unter dem von Ihnen, Herr Bundeskanzler, empfohlenen Miteinander mit einem kommunistischen Zwangsstaat vorstellen. Wir schätzen menschliche Erleichterungen und menschliche Begegnungen, auch wenn sie ein kanalisiertes und kontrolliertes Rinnsal darstellen, sehr hoch ein, sind aber nicht bereit, den Preis zu unterschätzen, den wir dafür bezahlen, den Ernst der Lage zu verkennen.

Aus: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Hrsg. von H. v. Siegler. Bonn: 1970, Bd. VIII, S. 167.

1. Welche Argumente führt Willy Brandt in seiner Fernsehansprache (Quelle 1) an, um der deutschen Bevölkerung den Abschluss des Warschauer Vertrags plausibel zu machen? Welche rhetorischen Stilmittel verwendet er, um seiner Überzeugung Ausdruck zu verleihen?

Inhaltliche Argumente	Rhetorische Mittel

2. Lesen Sie die Beiträge der Opposition zu den Ostverträgen und diskutieren Sie deren Berechtigung in Form einer Podiumsdiskussion mit Befürwortern und Gegner der Verträge. Beziehen Sie in die Diskussion die Rede von Brandt mit ein und recherchieren Sie weitere Argumente (pro und contra) im Internet.